

Wahlprüfsteine

Rüstungsexportpolitik

Frage 1: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

Ich setze mich dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Länder außerhalb von Nato und EU grundsätzlich verboten wird. Das soll auch im Grundgesetz verankert werden.

Weitere Überlegungen müssen zur Rüstungsbegrenzung in der NATO und bei Verteidigungsanstrengungen der EU angestellt werden.

Frage 2: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontroll-Gesetz zusammengeführt werden?

Wir brauchen dringend ein solches Gesetz, auch wenn ein Eckpunkte-Antrag der Grünen dazu von der großen Koalition abgelehnt wurde. Dieses Gesetz wird auch völlig zu Recht von Vertretern der Kirchen gefordert (u.a. von der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung – GKKE).

Frage 3: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

Ich setze mich für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition in Länder außerhalb der Nato und EU ein. Wichtig ist, dass der Verbleib dieser Waffen in Nato oder EU-Händen wirksam kontrolliert wird.

Siehe auch der Zukunftsplan der SPD: „Wir wollen ein Verbot von Exporten von Kleinwaffen in Staaten außerhalb von EU, Nato und gleichgestellten Ländern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass automatisierte und autonome Waffensysteme völkerrechtlich geächtet werden. Neue Waffensysteme, zum Beispiel Drohnen, müssen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden.“

Frage 4: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

Ich setze mich für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe in Länder außerhalb der Nato und EU ein.

Frage 5: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Auch hier gilt: Ja, Verbot für Länder außerhalb der Nato und EU.

Dazu eine allgemeine Bemerkung: Die Waffenweitergabe-Problematik muss im Zusammenhang mit Verteidigungsbündnissen gesehen werden. Wenn ein Kandidat Ihre Fragenliste durchgängig bejaht, setzt er sich für eine Nationalisierung der Waffenproduktion und ggf. für eine Nationalisierung der Armeen ein – das wäre ein übler Rückfall. Wir müssen sehen, dass Nato und EU verantwortungsbewußt handeln und immer zuerst auf De-Eskalation setzen.

Verhältnis Deutschland/Europa – Russland

Frage 6: Stimmen Sie mit der Einschätzung überein, dass Russland die Krim aus nationalen wie militärischen Gründen keinesfalls an die Ukraine zurückgeben wird? Wenn ja, wie stellen Sie sich unter dieser Voraussetzung das zukünftige Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland vor?

Rußland ist von der Geographie, der Kultur und den wirtschaftlichen Möglichkeiten her ein idealer Partner für Deutschland, noch mehr für die EU. Durch eine solche Partnerschaft sieht sich die USA bedroht, deswegen versucht diese, eine europäisch-russische Annäherung zu torpedieren. Der krassste Versuch war bisher der Aufbau von Raketenstellungen in Polen (Angeblich gegen den Iran gerichtet). Natürlich darf man Putin nicht jede Verletzung des internationalen Rechts durchgehen lassen. Aber es muss eine Zukunftsperspektive für Russland – Deutschland/EU geben.

Frage 7: Sind sie der Meinung, dass die großen internationalen Fragen (Ost-Ukraine, Syrien, internationaler Terrorismus...) nur mit, nicht gegen Russland gelöst werden können?

Das halte ich für eine rhetorische Frage. Es gibt eben einfach Fakten, die dieses erzwingen.

Frage 8: Stimmen Sie der Einschätzung zu, dass Druck von Seiten der NATO und der EU die Positionen der russischen Regierung nur verhärten kann und somit die Lösung anderer drängender Weltprobleme verhindert?

Ziel ist, dass die EU-Länder und Rußland erkennen, dass es miteinander besser geht als gegeneinander. Ob dieses Ziel mit Zuckerbrot oder Peitsche erreicht wird, ist zweitrangig. Der gegenwärtig aufgebaute Druck ist insoweit schädlich, als er (hauptsächlich ausgehend von den USA) versucht, zwischen Europäern und Russen einen Keil hineinzutreiben.

Flüchtlingssituation

Frage 9: Was sind Ihre Vorschläge für eine Bekämpfung von Fluchtursachen?

Man muss die afrikanischen Staaten in die Lage versetzen, ihre Wirtschaft in Schwung zu bringen. Das geht nicht über die Förderung von Ansiedlungen europäischer Firmen mit deutscher Investitionshilfe, wie der Entwicklungsminister Müller das vorhat, sondern nur über strukturelle Verbesserungen.

Ich setze mich für einen fairen Handel mit den afrikanischen Ländern ein.

Heute importieren wir von dort in ausbeuterischer Weise billige Rohstoffe, dafür müssen die afrikanischen Länder unsere teuren Fertigprodukte kaufen. Deshalb müssen die bisher mit afrikanischen Staaten abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen (EPA) rückgängig gemacht werden. Siehe dazu auch ein sehr guter Beitrag: <http://www.taz.de/!5371866/>

Ich sage nein zu Agar-Export-Subventionen. Afrikanische Kleinbauern können nicht konkurrieren, wenn billiges Milchpulver und subventionierte Hühner aus der EU dorthin exportiert werden.

Und die Korruption muss stärker bekämpft werden. In Ländern mit hoher Korruptionsrate sollte Entwicklungshilfe nur an NGOs gezahlt werden.

Frage 10: Die Sorge vieler Flüchtlinge um ihre engsten Angehörigen, die oftmals noch in den Herkunftsländern bzw. in den Nachbarregionen zurückgeblieben sind, ist sehr belastend und kann Integration verhindern. Wie stehen Sie zum Familiennachzug bzw. zu Aufnahmekontingenten für Familienangehörige von hier in Deutschland lebenden Geflüchteten.

Wichtig ist, dass die Bleibeperspektive für Flüchtlinge nach deren Einreise nach Deutschland viel schneller als bisher geklärt wird (Ein bis maximal drei Monate). Familiennachzug für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive ist dann sofort zu gewährleisten. Der grundgesetzliche Schutz der Familien gilt auch für Flüchtlinge.

Palästina

Frage 11; Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl – wie zuletzt der Vatikanstaat – für eine Anerkennung eines Staates Palästina ein?

Ich setze mich wie auch das Europäische Parlament für eine Anerkennung des Staates Palästina ein. Allerdings muss die palästinensische Regierung dringend und sofort eine demokratische Legitimierung erhalten und Kampfhandlungen gegen Israel einstellen. Israel muss Provokationen gegen die Palästinenser einstellen.

Frage 12: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Beendigung der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete einsetzen?

Ich setze mich für eine Zwei-Staatenlösung in Israel ein. Dazu braucht es aber die Mitwirkung der USA, der EU-Staaten und einer Reihe muslimischer Nachbarstaaten

#